

Bericht aus der Stadtratssitzung vom 28. November 2024

herzo



STADT
HERZOGENAURACH

Zu Beginn der Stadtratssitzung stellte Walter Drebinger (CSU) einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung. Er bat darum, die Anfrage der CSU- und JU-Stadtratsfraktionen zu den Auswirkungen der **Wiederbesetzungssperre**, geplant als Tagesordnungspunkt im nicht-öffentlichen Teil der Stadtratssitzung, bereits im öffentlichen Teil zu behandeln.

Erster Bürgermeister Dr. German Hacker entgegnete, alle Fälle seien vorab unter Ausschluss der Öffentlichkeit individuell zu betrachten und zu erläutern. Schließlich wurde die Nicht-Öffentlichkeit hergestellt und die Thematik erst nach der internen Befassung im öffentlichen Teil in anonymisierter Form behandelt. Von den Fraktionen angefragt waren folgende Punkte: Finanzielle Einsparungen seit der Umsetzung der Wiederbesetzungssperre; Zahl der Stellen, die trotz Sperre vom Personalausschuss ausnahmsweise genehmigt wurden; Zahl der weggefallenen Stellen; organisatorische Änderungen; Auskunft über durch die Sperre verursachte Verzögerungen oder Einschränkungen bei der Bearbeitung von Aufgaben oder Projekten.

Dr. German Hacker erläuterte, es hätten Einsparungen in Höhe von knapp 616.000,00 EUR erreicht werden können. 83 Einzelfälle seien verwaltungsseitig, teils mit Ausschussbeteiligung abgearbeitet worden. Diese Fälle stünden für rd. 41 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Von diesen Fällen seien 53% ausnahmsweise durch den Personalausschuss genehmigt und damit in Teilen oder ganz neu besetzt worden (in Summe entsprechend rd. 16,2 VZÄ, von denen ca. 9,2 VZÄ von intern besetzt wurden). 43% seien bereits rein verwaltungsseitig ohne Behandlung im Personalausschuss nicht wiederbesetzt worden.

Dr. Hacker informierte weiter, dass zum Beispiel Tiefbaumaßnahmen bereits hätten verschoben werden müssen und die im Baubetriebshof entstandene Personallücke bei der Grünanlagenpflege spürbar geworden sei und beim Winterdienst spürbar werde, wenn nicht mehr wie bisher ohne Räumungspflicht freiwillig Nebenstrecken geräumt würden. Bis auf weiteres werde versucht, mit weniger Personal auszukommen, die Pflichtaufgaben müssten aber weiterhin durchgeführt werden können.

Dr. Konrad Körner (JU) sprach dem Stadtrat hier einen Controllingjob zu, eine Übersicht über die Auswirkungen der Wiederbesetzungssperre müsse darum fortgeführt werden. Sie zeige, dass der eigentliche Ansatz, die Wiederbesetzungssperre nur in Ausnahmen auszusetzen, bei einer durchgeführten Wiederbesetzung von 53% nicht erreicht sei. Es müsse überlegt werden, welcher Service seitens der Stadt wegzufallen habe.

Dr. German Hacker antwortete, der Stadtrat habe sämtliche Stellen im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung sehen können. Dienstleistungen seitens der Stadt, die ja immer der Bürgerschaft zugutekämen, würden weiter heruntergefahren. Es sei aber bereits 2023 auf Wiederbesetzung diverser Stellen verzichtet worden, dies dürfe nicht vergessen werden.

Holger Auernheimer (SPD) unterstrich, dass bereits viele Stellen eingespart worden seien, Walter Drebinger gab dagegen zu bedenken, dass auch Tarifsteigerungen berücksichtigt werden müssten, man sei noch lange nicht am Ende des Weges.

Retta Müller-Schimmel fand, die Situation sei allen klar, eine Dokumentierung darum wichtig. Es solle aber auch weiterhin im Auge behalten werden, nicht einfach nur Freude am Einsparen zu haben.

Status Energiewende

Grundlage für die Klimaschutzaktivitäten der Stadt bildet der Stadtratsbeschluss zur regenerativen Vollversorgung von 2011 und die aktuelle Klimastrategie Herzogenaurach 2023. Der Fortschritt der städtischen Klimaschutzaktivitäten wird in einem jährlichen Rhythmus überprüft. Ziel ist eine kontinuierliche Verbesserung. Aus finanziellen Gründen wurde das bisher genutzte eea-Tool ausgesetzt, die Überprüfung findet nunmehr nur noch anhand allgemeiner Parameter statt und nicht im Vergleich zu anderen Kommunen.

Auf Basis der Bestandsaufnahme 2024 hat das Energieteam den Maßnahmenplan / das Energiepolitische Programm für 2025 erarbeitet. Dr. Mignon Ramsbeck-Ullmann, Klimaschutzbeauftragte der Stadt, stellte die Einzelheiten vor und gab Ausblicke auf für 2025 geplante Maßnahmen. Nach vielen Stellungnahmen und Detailfragen nahm der Stadtrat den Stand zur Energiewende Herzogenaurach und zu umgesetzten Maßnahmen 2024 zur Kenntnis und stimmte dem Maßnahmenplan 2025 vorbehaltlich der Mittelbereitstellung zu – dies jeweils mit einer Gegenstimme.

Ende des Jahres 2025 ist dem Planungs- und Umweltausschuss ein Bericht über die umgesetzten Maßnahmen und eine Maßnahmenplanung für das folgende Jahr vorzulegen. Die Maßnahmen und die zugehörige Präsentation können über das Bürgerinfoportal der Stadt abgerufen werden.

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Lebendige Zentren“ ist es erforderlich, Anfang Dezember der Bewilligungsstelle eine entsprechende Jahresanmeldung vorzulegen. Um jedoch zukünftig die Förderfähigkeit von Einzelmaßnahmen in diesen Themenfeldern nicht zu verlieren, ist es wichtig, dass die Positionen „Sanierungsberatung Einzelmaßnahmen“ und „Umsetzung ISEK“ in der Jahresanmeldung weiter berücksichtigt werden, auch wenn aktuell keine konkrete Mittelbindung für eine bestimmte Einzelmaßnahme vorgesehen ist.

Für das Fassadenprogramm gilt, dass die Einzelmaßnahmenförderung grundsätzlich unabhängig von der Jahresanmeldung der Städtebauförderung immer unter dem Vorbehalt der jeweiligen Mittelbereitstellung steht.

Der Stadtrat beschloss die Jahresanmeldung 2025 einstimmig. Diese beinhaltet Sanierungsberatung zu Einzelmaßnahmen, Umsetzung des ISEK sowie das kommunale Förderprogramm (private Fassadensanierung).

Änderung der Plakatierungsverordnung

Zum einen möchten die Stadtratsfraktionen im Stadtrat einige wenige Punkte bzgl. der Wahlen anpassen, u. a. die vorgegebene Höhe, in der Plakate angebracht werden dürfen. Zum anderen wird diese Verordnung verwaltungsseitig für eine grundsätzliche Überarbeitung in den Blick genommen.

Dr. German Hacker führte aus, dass der übliche Weg für Überarbeitungen zwar eine Vorberatung in Ausschüssen sei, um diese dann abschließend im Stadtrat zu behandeln. Durch die vorgezogene Bundestagswahl seien aber zumindest die Punkte zu beraten, die die Fraktionen in eigenen Sitzungen vorbesprochen hätten. Sie würden sonst nicht mehr rechtzeitig zu Beginn der Bundestagswahl-Plakatierung gelten, die November-Stadtratssitzung sei die letzte in diesem Jahr. Es sei ausreichend, die wenigen Punkte in einer Ergänzung zur Plakatierungsverordnung zu regeln. Die gesamte Verordnung könne dann im kommenden Jahr in aller Ruhe angegangen werden. Die Verwaltung werde dies zu gegebenem Zeitpunkt in den Beratungsprozess einbringen.

Auf Grundlage der Rückmeldungen aus den Fraktionssitzungen hatte die Verwaltung dem Stadtrat einen Entwurf zur Diskussionsgrundlage vorgelegt.

Diskutiert wurde im Gremium, bezüglich des Materials keine Regelung zu treffen.

Veit Götz (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, es sei seiner Fraktion sehr wichtig, dass die Plakatierung umweltfreundlich sei. Die Stadt habe Nachhaltigkeitsziele, die auch hier eingehalten werden sollten. Aus Papier könnten die Wahlplakate schneller kaputt gehen, zugelassen werden könne darum auch recycelter Kunststoff, alles andere erhalte von seiner Fraktion keine Zustimmung.

Simon Dummer (JU) gab zu bedenken, dass Regelungen überprüfbar sein müssten, Materialprüfungen würden jedoch zu einem erhöhten Aufwand führen, die Sinnhaftigkeit müsse darum angezweifelt werden. Es sollten nur Regelungen eingeführt werden, die auch umsetzbar seien. Wichtig sei für ihn, die Wahlplakate mit einem Siegelaufkleber zu versehen. Ein Plakat ohne Aufkleber müsse abgehängt werden. Alles andere führe zu Mehraufwand.

Curd Blank (SPD) stimmte diesen Erläuterungen zu. Entweder seien in der Verordnung Wortlaute wie „umweltfreundlich“ wegzulassen oder es müsse definiert werden, was umweltfreundlich sei. Darum halte er es für besser, die Wahl des Materials offen zu lassen. Da die Verordnung im nächsten Jahr überarbeitet werde, könne dann eine Konkretisierung der Begriffe vorgenommen werden.

Patrizia Siontas (Bündnis 90/Die Grünen) fand, die Stadt könne nicht ein Klimaleitbild haben, es bei Satzungen aber außer Acht lassen.

Dr. Konrad Körner hielt dagegen, dass umweltfreundliche Varianten teurer seien. Auch kleinen Parteien vorzugeben, diese Optionen wählen zu müssen, sei fragwürdig.

Dr. German Hacker bat um Pragmatismus und darum, sich nun nur auf das Thema Bundestagswahl zu konzentrieren. Die Anzahl der Plakate werde vorgegeben, alle Plakate ohne Aufkleber würden abgehängt. Auch dies sei schon in der Umsetzung schwierig genug, bezogen auf die Fläche der Stadt mit ihren Ortsteilen. Er gab zu bedenken, dass bei einer Betrachtung zur Umweltfreundlichkeit auch mitentscheidend sei, wie schwer Plakatständer beim Transport seien und ob ggf. zu Nachplakatierungen Aufwand für mehr Fahrten nötig sei.

Retta Müller-Schimmel beantragte im Anschluss, über die Vorgabe des Materials gesondert abzustimmen. Dies wurde bei drei Gegenstimmen abgelehnt, der Vorschlag der Verwaltung zur Änderung der Plakatierungsverordnung daraufhin bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.